

"Hilft nicht weiter"

Mehr Lohn: Emsländische Betreuungsvereine mit erstem Entwurf unzufrieden



Über den Referentenentwurf zur Anpassung der Betreuervergütung tauschten sich Vertreter der emsländischen Betreuungsvereine mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann (links) in Papenburg aus. (Foto: Christian Belling)

Papenburg. Seit Jahren fordern die Betreuungsvereine im Emsland eine Anhebung der Vergütung für gesetzliche Betreuer. Jetzt liegt ein Referentenentwurf auf dem Tisch. Doch mit diesem zeigen sich die Verantwortlichen unzufrieden.

In den Räumen des Sozialdienstes katholischer Frauen und Männer (SKFM) in Papenburg diskutierten die Vertreter aus der Fehnstadt, des SKM und SKF aus Meppen sowie des SKM und SKF aus Lingen mit der CDU-Bundestagsabgeordneten Gitta Connemann über den Entwurf. "Wir schauen nur noch ein Stück weit aus dem Wasser heraus. Der Entwurf hilft in dieser Situation nicht wirklich weiter", machte Arnold Esters, Geschäftsführer des SKM Emsland-Mitte, deutlich.

Seit 2005 wurde die Vergütung der beruflich geführten Betreuung nicht mehr erhöht. Seit fünf Jahren kämpfen die Vereine darum, die Sätze anzuheben. "Wir werden seit Jahren im Regen stehengelassen, die Diskussion wird quälend in die Länge gezogen", kritisierte Esters. Die gestaffelten Stundensätze betragen derzeit je nach Ausbildung 27, 33,50 und 44 Euro. Der Referentenentwurf sieht eine Anhebung um 17 Prozent vor. "Die hohe Belastung der Mitarbeiter wird dadurch nicht aufgelöst. Eine solche Erhöhung ist zu gering und stopft lediglich die Löcher", so Esters.

Ob es überhaupt zu einer Erhöhung kommt, steht indes noch gar nicht fest. "Ein Referentenentwurf ist kein Gesetzesentwurf", erklärte Connemann. Dass es überhaupt eine

Vorlage aus dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz gebe, bezeichnete sie allerdings als "Durchschlagen eines gordischen Knotens."

Dilemma im Zusammenspiel zwischen Bund und Länder

Das Dilemma liegt laut Connemann im Zusammenspiel zwischen Bund und Länder bei der Übernahme der Kosten für eine höhere Vergütung. "Die unverzichtbare Arbeit der Betreuungsvereine ist Ländersache. Und damit haben sich die Länder unglaublich schwergetan." Der jetzt vorliegende Referentenentwurf liegt nach Angaben der Christdemokratin in der Anhörung bei Ländern und Verbänden. Bedenken dagegen können bis zum 8. Februar eingereicht werden.

In der Großen Koalition in Berlin bestehe auf Bundesebene Konsens, dass schnell gehandelt werden müsse. "Wir wollen die Vorlage schnell ins Kabinett bringen und bestenfalls zum Sommer hin verabschieden", so Connemann, die für den Frust der Betreuungsvereine Verständnis zeigte. "Ich weiß, dass euch 17 Prozent nicht reichen. Doch leider bin ich in diesem Fall die falsche Ansprechpartnerin, da es Ländersache ist."

Außer einer höheren Vergütung sprachen sich die Vertreter der emsländischen Vereine für eine Dynamisierung des Verdienstes sowie eine Berücksichtigung der Gegebenheiten im ländlichen Bereich. "Aufgrund langer Fahrten ist der Aufwand der Betreuer auf dem Land ungleich höher als in der Stadt", berichtete Marita Theilen, SKF-Geschäftsführerin in Lingen. "Ich leite ihre Hinweise weiter, die ich voll und ganz verstehe", so Connemann.

Landkreis unterstützt Betreuungsvereine

Ulrich Nehe, Vorsitzender des SKFM Papenburg, dankte der Bundestagsabgeordneten für ihren Einsatz in dieser Sache. "Wir sind aber noch lange nicht am Ende und sehen noch keine Sonne. Wir haben lediglich einen großen Apparat in Gang gebracht." Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Belastung wegen gestiegener Kosten der tarifgebundenen Betreuungsvereine für Personal, Verwaltung und Materialien mussten Betreuungsvereine andernorts bereits aufgeben. "Wir haben es der Förderung des Landkreises zu verdanken, dass dies im Emsland bislang zum Glück noch nicht eingetreten ist", richtete Nehe einen weiteren Dank nach Meppen.

1000 Menschen im Emsland in der Betreuung

Im gesamten Emsland betreuen die Vereine rund 1000 Menschen. Auf eine Vollzeitstelle kämen derzeit 47 Betreuungen – Tendenz steigend, so die Vereine. Die Betroffenen wurde gerichtlich eine gesetzliche Betreuung zugesprochen, weil sie beispielsweise Suchtprobleme haben, unter Demenz leiden, psychisch labil sind, kein Obdach haben oder mit Geld nicht umgehen können.

Hermann-Josef Schmeinck, Geschäftsführer des SKM Lingen, brachte das Dilemma der Vereine auf den Punkt. "Die Rücklagen sind aufgebraucht. Wir ringen in unseren Vorständen und handeln gegen wirtschaftliche Bedenken. Und das bei einer staatlichen Aufgabe."

